



## Mainz und Mainz

Eine Frau gewinnt – und rechts von der CDU drängt die AfD ins Parlament. **Seite 5**

Foto: dpa/Andreas Arnold

## Lobbyismus und Rosenkrieg

Das Liebesleben der Hyänen: die vierte Staffel von »House of Cards«. **Seite 15**

## Genua und Gewalt

15 Jahre nach blutigem G8 will sich Italien freikaufen. **Seite 18**

Foto: dpa/Louisa Gouliamaki



Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 9. März 2016

71. Jahrgang/Nr. 58

## Erster Erfolg gegen Glyphosat

EU verlagt Neuzulassung

Brüssel. Die für Dienstag geplante Abstimmung über die Wiederzulassung des Totalherbizids Glyphosat ist vertagt worden. Damit konnte die EU-Kommission keine Mehrheit für ihren Vorschlag gewinnen, Glyphosat bis 2031 weiter zuzulassen. Hintergrund ist der zunehmende Widerstand in den Mitgliedsstaaten. So waren Italien, Schweden, Frankreich und die Niederlande nicht bereit, dem Kommissionsvorschlag zu folgen. In den Niederlanden hatte sich das Parlament für ein Verbot ausgesprochen. Der zuständige Staatssekretär Martijn van Dam hatte deshalb zugesichert, auf eine Vertagung zu dringen. Es seien weitere Studien nötig, um zu klären, ob das Mittel krebserregend sei.

In den nächsten Monaten werden noch Bewertungen der Europäischen Chemikalienagentur und der gemeinsamen Pestizid-Kommission der UN-Organisationen WHO und FAO erwartet. Auch deshalb hatten Nichtregierungsorganisationen gefordert, die Abstimmung zumindest zu vertagen.

Sophia Guttenberger, Biologin am Umweltinstitut, nannte die Verschiebung einen »Sieg der Vernunft«. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kirsten Tackmann, erklärte, eine weitere Zulassung sei »unverantwortlich«, solange die unterschiedlichen Bewertungen der Gesundheitsgefährdung nicht abschließend geklärt seien. Auch der agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion, Martin Häusling, begrüßte diesen »ersten großen Erfolg gegen das gesundheitsschädliche Herbizid«. *Agenturen/nd*  
**Kommentar Seite 4**

## UNTEN LINKS

Auf einem der zahlreichen europäischen Gipfel- und Grabentreffen ein **freundliches Gesicht** zu entdecken, ist zu einer echten Herausforderung geworden. Selbst EU-Kommissionspräsident Juncker, der noch vor wenigen Monaten durch seine demonstrative Ausgelassenheit aufgefallen war, kneift keinem seiner Kollegen mehr forsch in die Wange, um ihm ein, wenn auch gezwungenes, Lächeln zu entlocken. Stattdessen schaut er auf den meisten Bildern des jüngsten EU-Treffens genauso griesgrämig wie alle anderen – mit Ausnahme des gut gelaunten Ehrengasts aus der Türkei. Auch Angela Merkel lässt die Mundwinkel hängen, dies aber immerhin, ohne wortbrüchig zu werden: »Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigend zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen«, hatte sie zwar im September gesagt, »dann ist das nicht mein Land.« Von einer Entschuldigung für ein unfreundliches Gesicht ist aber niemals die Rede gewesen. *mha*

## Verwässert und verkauft

Türkei bietet EU Flüchtlingstauschgeschäft an / Asylrecht vor weiterer Aushöhlung



Foto: AFP/Dimitar Dilkov

Berlin. Die EU lässt Flüchtlinge im doppelten Wortsinn nicht erst seit gestern im Regen stehen. Tausende Schutzsuchende campieren weiter an der griechisch-mazedonischen Grenze. Die Flüchtlingslager bei Idomeni wurden zu Wochenbeginn von schweren Unwettern getroffen. Die Lage spitzt sich aber auch deshalb zu, weil immer weniger Flüchtlinge Westeuropa durchgelassen werden.

Damit sich am Stacheldraht nicht noch mehr Menschen stauen, soll die Zuwanderung über die griechischen Inseln gestoppt werden – mit tatkräftiger Unterstützung der Türkei. Deren Ministerpräsident Ahmet Davutoglu hat bei ei-

nem Treffen mit den 28-Staats- und Regierungschefs der EU neue Vorschläge und Forderungen vorgelegt und damit Anwesende und Beobachter des Gipfels in Brüssel überrascht. Davutoglu brachte eine »1:1-Lösung« in die Debatte. Sein Land wolle jeden illegal nach Europa gereisten Flüchtling zurücknehmen. Im Gegenzug solle die EU in gleicher Zahl Syrer aus der Türkei holen. Zudem solle Europa die Finanzhilfe für die Versorgung von Flüchtlingen jenseits der Ägais aufstocken und die EU-Beitrittsverhandlungen voranbringen.

Beschlossen ist all das noch nicht. Die Bundesregierung verbuchte den Sondergipfel

dennoch als Erfolg. »Manchmal könnte es schneller gehen. Aber ich glaube, insgesamt bewegt sich die Sache in die richtige Richtung«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Dienstag im Südwestrundfunk. SPD-Chef Sigmar Gabriel äußerte sich fast wortgleich im Glauben an eine »europäische Lösung«.

Nichtregierungsorganisationen, Grüne und LINKE-Politiker warnen indes vor einer weiteren Aushöhlung des Asylrechts. »Die Staats- und Regierungschefs täuschen Humanität vor, wo es keine gibt«, erklärte etwa Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen im EU-Parlament. *Agenturen/nd* **Seiten 2 und 3**

## STANDPUNKT

### Die europäische Lösung, die sie meinen

Tom Stroschneider über das Regime in der Türkei, das das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik zum Geschäftsmodell macht – zu Lasten von Hunderttausenden Geflüchteten

Mitunter ist es so, dass man sich in der Politik nicht aussuchen kann, mit wem man verhandelt und Deals abschließt. Im Fall der Kooperation mit dem Regime in Ankara trifft das aber nicht zu, denn es hätte eine Alternative gegeben. Aber dies ist offenbar nur noch eine theoretische Option: Die Türkei hat das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik, die diesen Namen auch verdienen würde, zu ihrem Geschäftsmodell gemacht. Sie profitiert von den Fliehkräften in Europa: Von Treffen zu Treffen wird der Preis für die Abschottung der Festung Europa in die Höhe getrieben. Und das ist nicht nur eine Frage von Milliarden, sondern von Menschenleben und Grundrechten.

Ankaras Angebot, eine Abschiebung »aller aus der Türkei neu auf den griechischen Inseln

ankommenden irregulären Migranten« zu akzeptieren, wenn die Gegenleistung dafür stimmt, suspendiert den letzten Rest von Asylrecht für Hunderttausende. Wer entscheidet und wie, was als »illegale« Einreise gilt? Eine rechtsstaatliche Überprüfung der individuellen Fluchtgründe ist kaum noch zu erwarten. Das Leben eines Eritreers wird gegen das einer Syrerin ausgespielt. Die Genfer Konvention wird in Europa zum Papiertiger herabgewürdigt, die Grundlegendes zur Aufnahme von Flüchtlingen regelt. Wer das Pech hat, auf der falschen Route nach Europa zu gelangen, muss sich wieder hinten in die Schlange der Asylsuchenden anstellen. Eine Abschiebung wird mit einer »legalen Einreise« in die EU aufgewogen – aber was dann mit den Geflüchteten geschieht, ist noch nicht einmal klar,

schließlich konnten sich die EU-Regierungen bisher nicht auf eine Verteilung der Schutzsuchenden einigen. Die Rechtsregime von Budapest über Polen bis in die Slowakei machen Front dagegen. Und andere Länder verhalten sich unter »sozialdemokratischen« Regierungen nicht anders – siehe Frankreich, siehe Österreich.

Dass nun von »Durchbruch« die Rede ist, verhöhnt die Hunderttausenden, die von Europa im Stich gelassen werden – in Lagern in der EU wie an den Außengrenzen. Der angekündigte Deal mit dem Regime in Ankara tritt noch einmal die Opfer der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei mit Füßen, die verhafteten Journalisten, die Toten des brutalen Krieges gegen die Kurden. Die »europäische Lösung«, die sie meinen, lautet: Mit Geld kann man sich von der Ge-

währung von Menschenrechten und von Solidarität freikaufen. »Hat das Misstrauen die Europäische Union schon so zerfressen«, hat die Sozialdemokratin Gesine Schwan dieser Tage gefragt, dass eine andere Lösung nicht einmal mehr vorstellbar ist? Das war vor dem jüngsten EU-Treffen. Danach ist noch weniger Hoffnung: Die europäische Lösung, die sie meinen, ist keine – nicht für Hunderttausende Flüchtlinge, nicht für Europa, nicht für die Rechte von Menschen.

Dabei wäre es ganz einfach, eigentlich: Würden die EU-Staaten eine gemeinsame Asylpolitik akzeptieren, die menschenrechtlichen Standards genügt und die wirtschaftliche Stärke Europas berücksichtigt, müsste man das Asylrecht jetzt nicht dem Regime in Ankara zum Billigpreis vor die Füße werfen.

## EU will Richtlinie verschlimmbessern

Reform der Arbeitnehmerentsendung

Berlin. Die EU-Kommission hat dem Parlament eine Neufassung der EU-Richtlinie zur Arbeitnehmerentsendung vorgelegt. Auf Druck von Gewerkschaften wurde der Entwurf der Kommission an einer wichtigen Stelle kurzfristig verändert.

Noch vor wenigen Tagen war in der entscheidenden Frage, nach welchen Kriterien in ein anderes EU-Land entsandte Arbeitnehmer entlohnt werden sollen, sehr schwammig von einem Lohnniveau die Rede, das »für den Schutz der Arbeitnehmer notwendig« sei. Nun stellte Sozialkommissarin Marianne Thyssen am Dienstag einen Entwurf vor, nach dem in allen Branchen Tarifverträge auch für entsandte Arbeitnehmer gelten sollen. Bisher hatten sie nur auf Mindestlöhne Anspruch, was den Entsendefirmen erhebliche Vorteile verschaffte.

Nach Lesart des Linkspartei-Europaabgeordneten Thomas Händel, der dem Parlamentsausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten vorsitzt, nimmt der Entwurf freilich nicht auf alle Tarifverträge Bezug, sondern nur auf für allgemein verbindlich erklärte. Davon gibt es etwa in Deutschland nur noch sehr wenige.

Zugleich soll festgelegt werden, dass diese Verpflichtung auf Tarifverträge erst nach 24 Monaten Beschäftigung im Ausland wirksam wird. Nach Händel würde diese Verpflichtung dann nur für einen kleinen Teil der Betroffenen wirksam.

Diese Neufassung löse die bestehenden Probleme mit der Arbeitnehmerentsendung nicht, so Händel. *nd/mit Agenturen* **Seite 6**

## Berlin: 80 Prozent mehr rechte Gewalt

Beratungsstelle präsentiert Statistik

Berlin. Angriffe mit rassistischem, antisemitischem oder homophobem Hintergrund haben 2015 in Berlin im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent zugenommen. Die Berliner Opfer-Beratungsstelle ReachOut hat im vergangenen Jahr 320 gewalttätige Attacken und Bedrohungen gezählt. Im Jahr 2014 waren es noch 179 gewesen. Diese Zahlen präsentierte ReachOut am Dienstag gemeinsam mit den Berliner Registern, der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus und dem Antirassistischen Register der Alice-Salomon-Hochschule. Sie belegen, dass die Taten in der zweiten Jahreshälfte eklatant zunahm. Sabine Seyb von ReachOut führt das vor allem auf einen Wandel in der politischen Rhetorik zurück. »Während im Sommer noch eine Willkommenskultur zelebriert wurde, mit der sich auch politisch Verantwortliche geschmückt hatten, schlug die Stimmung im Spätsommer um«, sagte sie.

Die meisten Angriffe gab es im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Allein im Ortsteil Marzahn war ihre Zahl von fünf im Jahr 2014 auf 47 im Folgejahr gestiegen – die meisten im Zusammenhang mit geplanten oder neuen Flüchtlingsunterkünften. Die Täter kämen längst nicht nur aus der organisierten rechtsextremen Szene. »Zuschlagen – das machen auch ganz normale Bürger, zunehmend auch Frauen«, sagte Seyb. *jot* **Seite 9**

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Neues ab März 2016: Höherer Zusatzbeitrag für Rentner bei gesetzlichen Krankenkassen

Wie sich Beruf und Pflege vereinbaren lassen

Fragen & Antworten zu den Abwasserbescheiden

ISSN 0323-3375

